

Braunkohlentag

Braunkohlenindustrie fordert verlässliche Perspektive

Die deutsche Braunkohle wird weiterhin einen wichtigen Beitrag zum Erhalt einer sicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung leisten, erklärte der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins (DEBRIV), Dr. Helmar Rendez, anlässlich des diesjährigen Braunkohlentags in Köln. Die deutsche Braunkohlenindustrie fordere Planungssicherheit und politische Verlässlichkeit bis zu dem von der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung vorgeschlagenen Enddatum für die Kohlennutzung. Über den gesamten Zeitraum bis Ende 2038 muss die Lebensfähigkeit des Industriezweigs und der Reviere unbedingt erhalten bleiben, sagte Rendez. Gegenüber den bisherigen Revierplanungen bedeuten die Empfehlungen der Kommission eine deutliche Verkürzung, was erhebliche Struktur Anpassungen in den Regionen und schwerwiegende Eingriffe in die Tätigkeit und Planungen der Unternehmen zur Folge habe.

Rendez appellierte an alle Verantwortlichen, insbesondere in der Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik, die Risiken für die Versorgungssicherheit nicht zu unterschätzen. Die viertgrößte Volkswirtschaft brauche gleichermaßen Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz in der Energieversorgung. Eine verlässliche Stromversorgung ohne Unterbrechungen an 365 Tagen im Jahr benötige verlässliche Erzeugungskapazitäten, wie die Braunkohle sie seit Jahrzehnten biete. Die gesicherte Leistung von Photovoltaik und Wind liege trotz hoher und wachsender Einspeisungen immer noch zwischen Null und einem Prozent des Bedarfs. Es sei zudem wenig wahrscheinlich, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre Speicherkapazitäten für eine längere Dunkelflaute entwickelt und bereitgestellt werden können. Bereits 2023 sei jedoch damit zu rechnen, dass die inländischen Stromerzeugungskapazitäten nicht mehr ausreichen werden, um hohe Netzlasten abzudecken. „Solange wir Braunkohle nutzen, werden wir einen dämpfenden Effekt auf die Strompreise haben,“ erklärte Rendez zur wirtschaftlichen Bedeutung der Stromerzeugung aus Braunkohle. Gerade in einem rauer werdenden konjunkturellen Umfeld werde die Wertschätzung dieses Beitrages der Braunkohle wieder steigen, sagte Rendez weiter.

Leistungsstarke Reviere

Im Rheinland wurden 2018 rund 86 Millionen Tonnen (Mio. t) Braunkohle gefördert. Im rheinischen Revier wird die Braunkohle auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, sagte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende. 2016 habe die Landesregierung mit ihrer Leitentscheidung zu Garzweiler Region und Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit gegeben, auch wenn dies für das bergbautreibende Unternehmen mit dem Verlust mehrerer Hundert Millionen Tonnen gewinnbarer Kohle verbunden war. Sowohl die frühere wie die gegenwärtige Landesregierung erkennt mit dieser Leitentscheidung die energiewirtschaftliche Notwendigkeit aller drei Tagebaue im Rheinland für die Zeit nach 2030 an. Aufgrund massiver Proteste hat sich RWE Power AG entschlossen, die Kohlegewinnung im Tagebau Hambach vorläufig zu reduzieren. Seit 2017 hat das Unternehmen



**«Die Lebensfähigkeit
der Reviere muss
unbedingt erhalten
bleiben»**

DR. HELMAR RENDEZ
DEBRIV-VORSTANDSVORSITZENDER



Download
https://braunkohle.de/index.php?article_id=98&fileName=19-05-15_pm_braunkohlentag_2019_-_final.pdf

bereits vier Kraftwerksblöcke in die vierjährige Sicherheitsbereitschaft überführt, was zur Folge hat, dass sich die CO₂-Emissionen aus der Braunkohle gegenüber 2017 um 40 bis 50 Prozent reduzieren werden.

Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier liegt die Förderung bei etwa 19 Mio. t. Hauptabnehmer sind die Kraftwerke Lippendorf und Schkopau sowie Industriekraftwerke und Anlagen für die Versorgung mit Fern- und Prozesswärme. Die Lagerstätten umfassen eine Größenordnung, die einen Betrieb für weitere 20 Jahre sichern. In den Tagebauen Profen und Vereinigtes Schleenhain findet derzeit mit hohen Investitionen ein Wechsel in neue Abbaufelder innerhalb der beiden Tagebaue statt. Im mitteldeutschen Revier werden weitere 500.000 t Rohbraunkohle durch die ROMONTA gefördert und zu 14.000 t Rohmontanwachs verarbeitet.

In der Lausitz, auf die mit knapp 61 Mio. t gut ein Drittel der gesamten inländischen Braunkohlenförderung entfällt, soll nach dem 2017 verabschiedeten Zukunftskonzept der Tagebau Jänschwalde bis 2023 planmäßig zu Ende geführt werden. Das Kraftwerk Jänschwalde soll dann für weitere rund zehn Jahre aus dem Tagebau Welzow-Süd versorgt werden. Im Tagebau Nochten wird zunächst das Abbaugebiet 1 zu Ende geführt. Aus dem Abbaugebiet 2 will die LEAG anschließend rund 150 Mio. t Braunkohle gewinnen, um die Versorgung des Kraftwerks Boxberg sicherzustellen. Dafür wurde kürzlich ein Vertrag zur Umsiedlung des Ortes Mühlrose unterzeichnet.

Klimapolitische Vorleistungen

Klimapolitisch hat die deutsche Braunkohle nach den Worten des DEBRIV-Vorstandsvorsitzenden bereits „geliefert“. Seit 1990 sind die CO₂-Emissionen der Braunkohle um rund 50 Prozent gesunken. Auch in Zukunft bleibe die Kohlenverstromung „hundertprozentig kompatibel zu den europäischen Klimaschutzziele“. Jetzt gehe es darum, auf einem sicheren energie- und umweltpolitischen Fundament die Empfehlungen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung sehr zügig umzusetzen. Der von der Kommission vorgeschlagene Verzicht auf neue Tagebaue zur energetischen Nutzung erstreckt sich, so der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende, nicht auf bestehende Planungen im Rahmen der Leitentscheidungen oder Braunkohlenpläne der Länder, auch laufende oder geplante Umsiedlungen müssen durchgeführt werden. Keinesfalls dürfen die Empfehlungen der Kommission durch neue energie- und umweltrechtliche Eingriffe unterlaufen werden. Vorzeitige Stilllegungen müssen angemessen und auf dem Verhandlungswege entschädigt werden, das gilt insbesondere auch für die Tagebaue. Zur Absicherung einer sicheren und wirtschaftlichen Energieversorgung hält der DEBRIV realistische Revisionsklauseln sowie transparente Überprüfungen der Beschlüsse für unverzichtbar. Um nachhaltige Perspektiven für die Regionen zu entwickeln, sei ein aktiver Bergbau als industrielle Andockstelle von großer Bedeutung.



«Seit 1990 sind die CO₂-Emissionen der Braunkohle um rund 50 Prozent gesunken»

DR. HELMAR RENDEZ
DEBRIV-VORSTANDSVORSITZENDER

Politik

Nordrhein-Westfalen fordert schnelle Umsetzung der Kommissions-Empfehlungen

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart sieht in der Braunkohle einen effizienten und leistungsstarken Zweig der Energiewirtschaft. „Wir brauchen die Braunkohle und wir setzen sie für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung ein,“ sagte Pinkwart auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Köln. Für diesen Beitrag dankte der Minister den Unternehmen und Beschäftigten der deutschen Braunkohlenindustrie.

Pinkwart wertete es als großen gesellschaftspolitischen Erfolg, dass es gelungen sei, in der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung alle wesentlichen Gruppen an einen Tisch zu holen. Als Beispiel für das breite Meinungsbild in der Kommission nannte Pinkwart die Einarbeitung von mehr als 85 Gutachten und Stellungnahmen in den Abschlussbericht. Es habe eine sehr verantwortungsvolle Bearbeitung der gestellten Aufgaben und Themen stattgefunden und das Ergebnis sei aus seiner Sicht gut, auch weil

wichtige Forderungen aus Nordrhein-Westfalen Berücksichtigung fanden: Dazu zählen der unbedingte Erhalt der Versorgungssicherheit sowie Stresstests und Check-Points, die den Weg zur Erfüllung der Klimaziele und den Kohle-Ausstieg begleiten sollen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung habe nachdrücklich auf die Bedeutung der Kosten und den Erhalt der energieintensiven Industrien in Deutschland und speziell in Nordrhein-Westfalen hingewiesen. Diese Aspekte und vor allem die Besorgnisse der besonders betroffenen Regionen wurden hinreichend berücksichtigt. Für den notwendigen Strukturwandel, der sich aus dem vorzeitigen Ausstieg aus der Kohle in Deutschland ergibt, so Pinkwart, sind Maßnahmen und Mittel benannt und beziffert worden. Es sei Konsens, dass alle Wertschöpfungsverluste in den Revieren und an den anderen kohlenabhängigen Standorten ausgeglichen werden sollen. „Vierzig Milliarden Euro sind nicht zu viel, wenn der Strukturwandel ernsthaft umgesetzt werden soll,“ sagte Pinkwart.

Dieser Strukturwandel muss vorlaufend organisiert sowie ausgewogen gestaltet werden und Antworten auf komplexe Fragestellung liefern, meinte der Minister. Die Umsetzung der vorliegenden Empfehlungen sei deshalb nicht trivial. „Wenn dieser Kommissionsbericht eins zu eins umgesetzt werden soll, haben wir keine Woche zu verschenken,“ sagte Pinkwart. Daran müsse Deutschland jetzt mit Hochdruck arbeiten.

Pinkwart erhob die Forderung, „die Rationalität politischen Handelns wieder nach Deutschland zurückholen.“ Die energiepolitische Diskussion sei zunächst durch eine Anti-Atombewegung und dann durch die Anti-Kohlebewegung geprägt gewesen. Für einen ernsthaften Klimaschutz reiche dies nicht aus, sondern verlange nach einer ganzheitlichen Betrachtung. Bisher habe Deutschland beim Klimaschutz nicht rational gehandelt. Die gesetzten Ziele werden vor allem deshalb nicht erreicht, weil Haushalte und Mobilität nicht mitziehen, konstatierte der Minister. „Wir haben in Deutschland ein Umsetzungsproblem, kein Erkenntnisproblem,“ sagte Pinkwart, es werde viel geredet, aber nur begrenzt gehandelt. Pinkwart wandte sich gegen Zwischenlösungen, wie den verstärkten Einsatz von Erdgas, um die Klimaziele zu erreichen. Die Vorschläge der Kommission Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel lägen jetzt auf dem Tisch und die Bundesregierung habe die Federführung übernommen, in dem sie zügig die Eckpunkte für das Strukturstärkungsgesetz erstellt und noch vor der Sommerpause in die parlamentarische Abstimmung gegeben habe. Im Herbst werde das Kohle-Ausstiegsgesetz folgen. Mit hohem Tempo und Verlässlichkeit bei der Umsetzung der Empfehlungen, zu der auch der Schutz der Eigentumsrechte der betroffenen Unternehmen gehöre, sind alle Beteiligten und Verantwortlichen auf einem guten Weg, fasste der Minister zusammen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung werde dafür sorgen, dass alle Empfehlungen im Zieldreieck von Umwelt, Wirtschaft und Sicherheit umgesetzt werden.

Braunkohle

Relevanz für Volkswirtschaft und Strukturwandel wird unterschätzt

Braunkohle und andere fossile Energieträger decken die Stromnachfrage zuverlässig und zu wettbewerbsfähigen Preisen, wenn Wind und Sonne nicht oder nur eingeschränkt zur Stromerzeugung zur Verfügung stehen. Lösungen für die Stromspeicherung oder Flexibilisierung der Nachfrage sind bislang nicht in nennenswertem Umfang verfügbar, jedoch gleichzeitig zwingende Voraussetzung für eine weitere Reduktion der fossilen Stromerzeugungskapazitäten in Deutschland, erklärte Dr. Thilo Schaefer vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Köln. Dieses Problem werde sich noch verschärfen, wenn im Rahmen der Sektorenkopplung auch Mobilität und Wärme verstärkt elektrifiziert werden und damit den Strombedarf signifikant erhöhen.

Schaefer rechnet damit, dass sich Strompreise in Deutschland durch die im Jahr 2018 beschlossene Reform des Europäischen Emissionshandels erhöhen werden und zugleich Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Braunkohlenwirtschaft zurückgehen, weil die für die Braunkohlenverstromung benötigten CO₂-Zertifikate knapper und teurer werden. Ein zusätzlicher, staatlich beschleunigter Kohlenausstieg, wie er jetzt beschlossen wurde, ver-



«Die Braunkohle ist ein leistungsstarker Zweig der Energiewirtschaft»

PROF. DR. ANDREAS PINKWART,
MINISTER FÜR WIRTSCHAFT, INNOVATION,
DIGITALISIERUNG UND ENERGIE DES
LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



Download
Kurzfassung https://braunkohle.de/index.php?article_id=98&fileName=kurzfassung_vortrag_dr_schaefer.pdf
Präsentation https://braunkohle.de/index.php?article_id=98&fileName=folienvortrag_-_schaefer.pdf



«Die Braunkohle hat hohe regionale Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanteile»

DR. THILO SCHAEFER
INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT,
KÖLN



Download
Kurzfassung https://braunkohle.de/index.php?article_id=98&fileName=kurzfassung_vortrag_hoertinger.pdf
Präsentation https://braunkohle.de/index.php?article_id=98&fileName=folienvortrag_-_hoertinger.pdf



Thomas Hörtinger, Leiter Technisches Kraftwerksmanagement bei der LEAG

mindert unmittelbar den Bruttoproduktionswert der Braunkohlenwirtschaft und mittelbar den der Vorleistungsbranchen. Das nationale Sektorziel für die CO₂-Emissionen der Energiewirtschaft im Jahre 2030 (Minus 40 Prozent gegenüber 1990) führt bereits bis 2025 zu einer knappen Halbierung der Arbeitsplätze in der deutschen Braunkohlenindustrie, prognostizierte Schaefer. Bis 2030 wären mehr als zwei Drittel der Arbeitsplätze verloren.

Die in den Kohlenrevieren bestehenden Strukturen werden weder im Hinblick auf die Beschäftigung noch auf die Wertschöpfung innerhalb der nächsten zehn Jahre einen Beitrag leisten können, der die heutige Leistung der Braunkohlenwirtschaft ersetzen kann, stellte Schaefer fest. Insbesondere im mitteldeutschen Revier und mehr noch in der Lausitz haben die Braunkohlenwirtschaft und die damit mittelbar verbundenen Branchen hohe regionale Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanteile. In Nordrhein-Westfalen ist zudem der Strukturwandel infolge des Ausstiegs aus dem Steinkohlenbergbau noch nicht vollständig vollzogen. Hinzu kommt, dass der energieintensiven Industrie in NRW ein eigener grundlegender Strukturwandel zur Minderung der Prozess-Emissionen bevorsteht.

Die Braunkohlenindustrie hat aufgrund ihrer Vorleistungsintensität eine hohe Bedeutung für den Wirtschaftskreislauf und die Arbeitsplätze, vor allem in den Braunkohlenregionen, stellte Schaefer fest. Unmittelbar in der Braunkohlenwirtschaft sind bundesweit fast 21.000 Personen beschäftigt. Berücksichtigt man zusätzlich die Arbeitsplätze in den Vorleistungsbranchen und die durch die Konsumausgaben der Beschäftigten induzierten Effekte, resultieren hieraus über 62.000 Beschäftigungsverhältnisse, die direkt und indirekt an der Braunkohlenwirtschaft hängen. Diese Zahl erhöht sich auf 72.000 Beschäftigte, wenn die Investitionen, die die Braunkohlenwirtschaft tätigt, miteinbezogen werden.

Lausitz

Flexibilität und Leistungsfähigkeit der LEAG-Kraftwerke werden nochmals gesteigert

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, die Stromversorgung bis 2050 vollständig durch erneuerbare Energien in Kombination mit Energiespeichern zu realisieren. Mindestens bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt die Stromversorgung gemeinsam aus erneuerbaren Energien und konventioneller Erzeugung. Mit steigenden Anteilen der Erneuerbaren erhöhen sich jedoch die Anforderungen an die Flexibilität der konventionellen Anlagen, sagte Thomas Hörtinger, Leiter Technisches Kraftwerksmanagement bei der LEAG, auf dem Braunkohleentag 2019 in Köln. Einerseits müssen die konventionellen Kraftwerke im Falle von Dunkelflauten, wenn über mehrere Tage oder Wochen nur geringe Einspeisungen aus Wind- und Photovoltaikanlagen erfolgen, den überwiegenden Strombedarf decken. Steht andererseits viel Wind- und Solarstrom zur Verfügung, müssen die konventionellen Kraftwerke die Erzeugung so stark wie möglich drosseln, um den gesetzlich geregelten Einspeisevorrang für Strom aus erneuerbaren Quellen zu gewährleisten. Aber auch im Tagesverlauf ist die Erzeugung und Nachfrage von Strom nicht konstant und kann innerhalb von Sekunden oder Minuten stark schwanken. In diesem Fall muss kurzfristig – aber jederzeit verfügbar – eine zu- oder abschaltbare Last zur Netzstabilisierung durch die konventionellen Kraftwerke bereitgestellt werden.

Als Antwort auf diese Anforderungen hat die LEAG verschiedene Maßnahmen umgesetzt, um die Flexibilität ihrer Anlagen zu erhöhen. In der Vergangenheit waren die Anlagen in einem Leistungsbereich zwischen 100 Prozent und 50 Prozent der installierten Leistung, also weitgehend im Grundlastbetrieb, am Netz, sagte Hörtinger. Jetzt ist ein höheres Maß an Flexibilisierung notwendig, um am Markt bestehen zu können. In den zurückliegenden sechs Jahren ist es durch ein Bündel von Maßnahmen gelungen, den Betrieb der LEAG-Kraftwerke auf bis zu 26 Prozent der installierten Leistung abzusenken. Damit umfasst der Regelbereich der LEAG-Kraftwerke jetzt einen Maximalwert von 7.371 Megawatt (MW) und einen Minimalwert von 1.945 MW. Außerdem wurden Mehrleistungsbereiche erschlossen, so dass kurzzeitig je nach Block zwischen zwei und fünf Prozent mehr Leistung verfügbar ist. Ebenfalls erhöht wurde die Lastwechselgeschwindigkeit. Jetzt, so Hörtinger, strebe das Unternehmen an, die Mindestleistung der Anlagen auf 20 Prozent abzusenken.

Rheinland

**Rekultivierung schafft
große Struktur- und Artenvielfalt**

Während das Umfeld der rheinischen Braunkohlentagebaue vor allem von großflächigen und strukturarmen sowie intensiv genutzten und weitgehend ausgeräumten Agrarlandschaften mit darin eingebetteten Siedlungen und Wäldern geprägt ist, zeichnen sich die planvoll angelegten und intensiv betreuten Rekultivierungsflächen des rheinischen Braunkohlentagebaus durch eine hohe Vielfalt unterschiedlicher Biotope aus, erklärte Dr. Claus Albrecht vom Kölner Büro für Faunistik auf dem diesjährigen Braunkohlentag. Die rekultivierten Agrarlandschaften sind durch strukturreiche Begleitbiotope wie Gehölzzüge, Blühstreifen oder krautreiche Grabensysteme gekennzeichnet. Seen und Teiche wären ohne die Tagebaue im Umfeld der Großstadt Köln kaum vorhanden. Fließgewässer wie die Inde sind nach der Rekultivierung deutlich naturnäher gestaltet als die Bereiche, die nicht wiederhergestellt worden sind. Auch alte und strukturreiche Wälder finden sich in der Rekultivierung des rheinischen Braunkohlentagebaus.

Die neu etablierte Strukturvielfalt hat maßgeblichen Einfluss auf die Artenvielfalt der rekultivierten Landschaften. Neben einer vielfältigen Baum- und Strauchschicht hob Albrecht vor allem die Bedeutung der Begleitbiotope „mit einer hohen Diversität an unterschiedlichsten Blütenpflanzen und Gräsern“ hervor. In rekultivierten Landschaften werden zudem gezielt vielfältige Bodenverhältnisse geschaffen, erläuterte der Kölner Wissenschaftler: Auf Teilflächen herrschen magere, vegetationsarme, teilweise sogar sandige Böden vor. In anderen Bereichen wird Staunässe zugelassen oder es werden Kleingewässer angelegt. Eine weitere Förderung der Strukturvielfalt gelingt durch das Bereitstellen weiterer Kleinstrukturen wie Wurzel- und Totholzhaufen, Steinschüttungen oder von stehendem Totholz aus Wäldern des Tagebauvorfelds.

Die in der Rekultivierung geschaffene Strukturvielfalt führt zu einem großen Angebot unterschiedlichster ökologischer Nischen, die durch Pflanzen und Tiere besiedelt werden, beschrieb Albrecht die Verhältnisse in der Rekultivierung. In den ältesten Waldflächen des Südeviers sind bereits zahlreiche typische Tierarten höhlenbaumreicher Wälder nachgewiesen worden. Die im Vergleich zum Tagebauumfeld sehr strukturreichen landwirtschaftlichen Rekultivierungsflächen sind mittlerweile bedeutsame Verbreitungsschwerpunkte für Vogelarten des Offenlands wie Grauammer oder Schwarzkehlchen. Zahlreiche Insekten besiedeln die wiederhergestellten Biotope. Durch das Kombinieren unterschiedlicher Teillebensräume entstehen auch Habitate für Arten mit komplexeren Lebensraumansprüchen.

Neben der Strukturvielfalt spielen aber auch andere Aspekte eine Rolle für eine möglichst vielfältige Besiedlung rekultivierter Landschaften, etwa die Vernetzung mit umliegenden Biotopen, das Entstehen einer Humus- und Streuschicht sowie die Etablierung eines Samenpotenzials im Boden. Nicht zuletzt braucht die Rekultivierung Zeit, damit sich Arten, die eine hohe Treue zu ihren Fortpflanzungsstätten aufweisen, hier ansiedeln. Auch alte Wälder benötigen eine lange Entwicklung, um ihre typischen Charakteristika auszuprägen. Dass dies gelingt, zeigen die Untersuchungen in den älteren Rekultivierungsgebieten des rheinischen Braunkohlenreviers, betonte Albrecht.

Mitteldeutschland

**Stoffliche Nutzung der Braunkohle
in Mitteldeutschland**

Trotz ungezählter Versuche und Neuentwicklungen synthetischer Wachse können Montanwachsprodukte aus Sachsen-Anhalt ihre Stellung auf dem Weltmarkt behaupten. Die ROMONTA ist, so Geschäftsführerin Rena Eichhardt, nach wie vor der weltgrößte Erzeuger von Rohmontanwachs mit einer nahezu 100-jährigen Tradition in der Braun-



**«Die planvoll angelegten
Rekultivierungsflächen
besitzen eine hohe Vielfalt
unterschiedlicher Biotope»**

**DR. CLAUD ALBRECHT,
KÖLNER BÜRO FÜR FAUNISTIK**



Download
Kurzfassung https://braunkohle.de/index.php?article_id=98&fileName=kurzfassung_vortrag_dr_claus_albrecht.pdf
Präsentation https://braunkohle.de/index.php?article_id=98&fileName=folienvortrag_-_albrecht.pdf



Download
Kurzfassung https://braunkohle.de/index.php?article_id=98&fileName=kurzfassung_vortrag_eichhardt.pdf
Präsentation https://braunkohle.de/index.php?article_id=98&fileName=folienvortrag_-_eichhardt.pdf



Rena Eichhardt,
ROMONTA-Geschäftsführerin

kohlenveredlung. Das fossile Wachs wird aus bitumenreicher Braunkohle des Tagebaus in Amsdorf gewonnen und ist mit seinen besonderen Eigenschaften ein wichtiger Grundstoff in vielen Industriezweigen.

ROMONTA hat sich in den zurückliegenden Jahren vom reinen Erzeuger von Rohmontanwachs und von Montanwachsprodukten zu einem Experten und Dienstleister für spezielle Anwendungen entwickelt. Dafür verfügt das Unternehmen über eine eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilung, die sich ausschließlich der Produktentwicklung widmet. Die Wertschöpfungskette des Unternehmens reicht von der Rohbraunkohle bis hin zu Produkten für die Kosmetik- und Pharmaindustrie. „Die chemische Struktur des Montanwachses ist insofern einzigartig, weil Wachse mit einer solchen Funktionalität und den daraus resultierenden chemisch-physikalischen Eigenschaften als Rohstoff so nicht oft vorkommen,“ erläuterte Rena Eichhardt auf dem diesjährigen Braunkohlentag. In gebleichter Form werden Spezialwachse für den internationalen Markt produziert, insbesondere für die Kunststoffindustrie im Engineering Plastics Bereich. Insgesamt exportiert das Unternehmen seine Produkte in rund 30 Länder. ROMONTA engagiert sich zudem in Expertennetzwerken für eine verstärkte stoffliche Nutzung heimischer Braunkohle. In der Region Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt ist die ROMONTA-Unternehmensgruppe ein bedeutender Arbeitgeber mit knapp 400 Arbeitsplätzen sowie ein wichtiger Ausbildungsbetrieb.

Mitteldeutschland

Wassermanagement sorgt für einen selbstregulierenden Wasserhaushalt



Dr. Peter Jolas, Leiter Umweltschutz und
Geotechnik bei der MIBRAG

Die Gewinnung von Braunkohle im Tagebau ist stets mit einem Eingriff in den regionalen Wasserhaushalt verbunden. Die Grundwasserentnahme zur Freimachung der Lagerstätte übersteigt dabei die Grundwasserneubildung durch die Niederschläge. Dadurch entsteht ein Grundwasserdefizit, das nur mittelfristig wieder ausgeglichen werden kann. Außerdem führt die Grundwasserabsenkung zur Belüftung der ursprünglich unter Luftabschluss stehenden Lockergesteinsschichten. Durch den Zutritt von Luftsauerstoff in die Poren der Lockergesteine werden chemische Reaktionen in Gang gesetzt, die bei Schwefel-Eisen-Mineralen zur Freisetzung von Sulfat, Eisen und freier Säure führen. Im Zuge eines Grundwasserwiederanstiegs werden diese Stoffe mobilisiert und gehen in das Grund- und Oberflächenwasser über. Dr. Peter Jolas, Leiter Umweltschutz und Geotechnik bei der MIBRAG, stellte auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Köln dar, mit welchen Mitteln die MIBRAG diesen Auswirkungen im Rahmen des Wassermanagements entgegenwirkt.

Zunächst werde sichergestellt, dass dem regionalen Wasserhaushalt nur so viel Wasser entnommen wird, wie zur Gewährleistung eines sicheren Tagebaubetriebs unbedingt erforderlich ist. Ein Teil des in den Tagebauen der MIBRAG gehobenen Wassers wurde bis Ende 2018 zur Flutung der Bergbaufolgeseen im Südraum Leipzig genutzt. Mit der Nutzung des Sumpfungswassers zur Flutung der Seen verblieb das Wasser im Einzugsgebiet der Tagebaue und führte nicht zu einer Vergrößerung des Grundwasserdefizits. Auch künftig wird im Rahmen der Flutung der Bergbaufolgeseen der MIBRAG Sumpfungswasser aus den aktiven Abbaufeldern der MIBRAG-Tagebaue eingesetzt.

Den Auswirkungen der Stoffumwandlungsprozesse auf die Oberflächengewässer wirkt die MIBRAG durch Behandlung des Sumpfungswassers vor der Einleitung in die Vorflut entgegen. Dazu wird das Wasser aus den Tagebauen in zwei Grubenwasserreinigungsanlagen neutralisiert und der Eisengehalt unter die vorgegebenen Grenzwerte reduziert. Durch ein gezieltes Verkippungsmanagement werden die geogen und prozessbedingt vorhandenen Pufferpotenziale der anstehenden Gebirgsschichten und des bei der Grubenwasserreinigung entstehenden Eisenhydroxidwassers nutzbar gemacht, um der Versauerung des Kippengrundwassers präventiv entgegen zu wirken. Die MIBRAG strebt die Schaffung eines weitestgehend nachsorgefreien, sich selbst regulierenden Wasserhaushalts an, sowohl in Bezug auf die Wassermenge wie auch im Hinblick auf die Wasserqualität.



Download
Kurzfassung https://braunkohle.de/index.php?article_id=98&fileName=kurzfassung_vortrag_dr._jolas.pdf
Präsentation https://braunkohle.de/index.php?article_id=98&fileName=folienvortrag_-_jolas.pdf



Podiumsdiskussion zum Abschluss des Braunkohlentags 2019 mit Dr. Helmar Rendez (DEBRIV-Vorstandsvorsitzender), Dr. Hubertus Bardt (Institut der deutschen Wirtschaft), Patrick Nowicki (Moderation), Elisabeth Slapio (IHK Köln) und Hans-Jürgen Petrauschke (Landrat Rhein-Kreis Neuss) - von links

Diskussion

Die betroffenen Menschen wollen Ehrlichkeit und Perspektiven

Die ostdeutschen Kohlenreviere erleben nach dem wiedervereinigungsbedingten Zusammenbruch von Industrie und Bergbau jetzt den zweiten Strukturwandel, erklärte der Vorstandsvorsitzende des DEBRIV, Dr. Helmar Rendez, zum Abschluss des diesjährigen Braunkohlentags in Köln. Die Menschen in den vom geplanten Kohlenausstieg besonders betroffenen Regionen haben Anspruch auf eine verlässliche Perspektive und Ehrlichkeit. Wenn Bund und Länder für eine vollständige Umsetzung der Empfehlungen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung sorgen, dann gebe dies die notwendige Verlässlichkeit, so Rendez. Die Regionen haben bereits einmal bewiesen, dass sie sich erfolgreich auf tiefgreifende Veränderungen einstellen können. Die Lausitz hat sich seit 1990 erfolgreich restrukturiert und liefert derzeit jede zehnte Kilowattstunde Strom, die in Deutschland verbraucht wird. Allerdings, so Rendez weiter, werde es in Zukunft wohl Abstriche bei der regionalen Wertschöpfungskraft geben. „Wir werden nie wieder so viel Wertschöpfung geben wie jetzt“, befürchtet Rendez. Als Ankerunternehmen in der Region werde die LEAG Verantwortung übernehmen und sich aktiv am Strukturwandel beteiligen. Für das Unternehmen gebe es ein gutes Dutzend neuer Geschäftsfelder zu besetzen. Perspektiven sieht Rendez besonders für junge Menschen in den Bereichen Umweltschutz, erneuerbare Energien, Batterien und Speichertechnik sowie dem Zugbetrieb. Notwendig für die Menschen in der Region ist aber auch die Anerkennung der gegenwärtigen Leistungen und das Bewusstsein, dass die Braunkohle jetzt und noch auf Jahre gebraucht werde. Ein wichtiges Signal



Podiumsdiskussion: Elisabeth Slapio (IHK Köln) und Hans-Jürgen Petrauschke (Landrat Rhein-Kreis Neuss)



Der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende Dr. Helmar Rendez mit Abschlusstatement auf dem Braunkohlentag 2019

für die Regionen sei, dass vorgesehene und von der öffentlichen Hand zu finanzierende Infrastrukturvorhaben zügig geplant und umgesetzt werden, sagte Rendez. Das Gleiche gelte für die notwendigen vertraglichen Regelungen über die Entschädigungszahlungen an die betroffenen Unternehmen.

Der Landrat des Rhein-Kreises Neuss, Hans-Jürgen Petrauschke, wies auf die besondere Situation im Rheinland hin. Rund um die Tagebaue und Kraftwerke habe sich eine leistungsfähige energieintensive Industrie angesiedelt. Dazu zähle nicht nur die Aluminiumbranche mit rund 5.000 Arbeitsplätzen, sondern auch die Lebensmittelindustrie sowie die Chemie. Für diese Unternehmen und ihre Beschäftigten seien wettbewerbsfähige Strompreise lebenswichtig. „Ohne eine gute Stromversorgung ist unser Wohlstand weg,“ sagte Petrauschke. Es bestehe ein enger Zusammenhang von Kohle und Versorgungssicherheit, den die Erneuerbaren mangels Speichertechnologie noch nicht adäquat ausgleichen können. Dieser Aspekt zeige beispielhaft, dass es in der Gesellschaft Probleme bei der Vermittlung komplexer Fragen gebe. Petrauschke fordert zudem mehr Unterstützung beim Strukturwandel durch die EU. Erhalt und Entwicklung der energieintensiven Industrien hängen auch von der Beihilfepolitik der EU ab, sagte der Landrat.

Für Dr. Hubertus Bardt vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, ist das Rheinland auf den Strukturwandel vergleichsweise gut vorbereitet. Die Region sei technisch und ökonomisch breit aufgestellt. Es gebe eine ausgezeichnete Forschungslandschaft. Außerdem könne die Region auf eine aktuell gute Produktions- und Beschäftigungslage aufsetzen. Bardt wies aber auf Probleme bei der konkreten Ausgestaltung der Energiewende hin. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und beim Kohlenausstieg habe man die Entwicklung jetzt um rund zehn Jahre beschleunigt. Beim ebenfalls wichtigen Netzausbau hinke die Entwicklung dagegen um rund ein Jahrzehnt den Planungen und Bedürfnissen hinterher.

Für Elisabeth Slapio, die Geschäftsführerin der IHK Köln, ist es wichtig, dass der Strukturwandel in der Region möglichst frühzeitig angefasst wird. Dazu gehöre eine verlässliche Abschätzung der Dimension der bevorstehenden Veränderungen. „Welche Wertschöpfungsketten sind bedroht, wo drohen Wohlstandsverluste“, fragte die IHK-Geschäftsführerin. Zudem müsse beachtet werden, dass nicht nur der Kohlenausstieg einen Wandel verursache. Die Region müsse sich auch den Veränderungen in der Demographie und der Digitalisierung stellen. Insofern laufe ein Veränderungsprozess auf mehreren Ebenen.

IMPRESSUM

Herausgeber

DEBRIV - Bundesverband Braunkohle
Am Schillertheater 4 · 10625 Berlin

Öffentlichkeitsarbeit

Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen
Tel: 02271 / 99 57 7 - 34
E-Mail: uwe.maassen@braunkohle.de
Internet: www.braunkohle.de



Bundesverband Braunkohle
DEBRIV@BDebriv

Redaktionsschluss: 23.05.2019
Druckauflage: 3.500 Exemplare